

## Beschlussvorlage

**Vorlage Nr.: 2017/184**

Datum der Freigabe: 25.09.2017

Amt:	Büroleitender Beamter	Datum:	19.07.2017
Bearb.:	Jörg Exner	Wiedervorl.	
Berichterst.	Jörg Exner		

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	<b>Behandlung</b>
Hauptausschuss	09.10.2017	öffentlich
Hauptausschuss	27.11.2017	öffentlich
Stadtvertretung Kappeln	13.12.2017	öffentlich

### **Abzeichnungslauf**

Bürgermeister

### **Betreff**

Zusammenlegung von Ausschüssen

### **Sach- und Rechtslage:**

Im Rahmen der Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung wurde seit dem Jahr 2010 die Möglichkeit der Zusammenlegung von Ausschüssen angedacht. Letztmalig wurde im Jahr 2014 das Thema ausführlich durch die Vorlage 2014/184 beraten. Abschließend folgte die Stadtvertretung in Ihrem Beschluss mehrheitlich der Empfehlung des Hauptausschusses, der wie folgt lautete: „Die Zusammenlegung von Ausschüssen soll zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiter verfolgt werden.“

Auf Initiative der CDU-Fraktion erfolgte in diesem Jahr eine Onlineumfrage und schließlich der formelle Antrag auf erneute Beratung des Themas in den zuständigen Gremien.

Zum jetzigen Zeitpunkt verfügt die Stadt Kappeln über 6 Fachausschüsse und einen Rechnungsprüfungsausschuss. Die 6 Fachausschüsse setzen sich wie folgt zusammen:

1. Hauptausschuss mit 11 Mitgliedern, bestehend aus 10 Stadtvertretern und dem Bgm.
2. Bau- und Planungsausschuss mit 8 Mitgliedern, bestehend aus 7 Stadtvertretern und 1 bürgl. Mitglied
3. JKSS mit 8 Mitgliedern, bestehend aus 5 Stadtvertretern und 3 bürgl. Mitgliedern
4. Sozialausschuss mit 8 Mitgliedern, bestehend aus 5 Stadtvertretern und 3 bürgl. Mitgliedern
5. WuT mit 10 Mitgliedern, bestehend aus 6 Stadtvertretern und 4 bürgl. Mitgliedern
6. Umwelt u. Verkehr mit 8 Mitgliedern, bestehend aus 5 Stadtvertretern und 3 bürgl. Mitgliedern

Die Fachausschüsse beschäftigten sich in den Jahren 2012 – 2016 mit folgender Anzahl an Vorlagen:

	2012	2013	2014	2015	2016
HA	55	41	64	74	93
BPA	66	48	90	80	100
JKSS	6	7	10	8	11
SozA	4	7	6	4	13
WuT	6	2	5	8	15
UVA	11	19	17	10	18
Summe	<u>148</u>	<u>124</u>	<u>192</u>	<u>184</u>	<u>250</u>

Aus Sicht der Verwaltung wäre unter alleiniger Berücksichtigung der Vorlagenzahlen eine Zusammenlegung der Ausschüsse wie folgt sinnvoll:

HA mit WuT, JKSS mit SozA und BPA mit UVA

Dieses Variante würde auch den Empfehlungen des Landesrechnungshofs entsprechen.

Unter Haushaltskonsolidierungsaspekten darf man eine solche Zusammenlegung nicht wirklich betrachten, selbst bei einem Verzicht auf 3 Ausschüsse würde dieses nur zu einer Ersparnis in Höhe von 4.300 Euro führen.

Ebenfalls muss bedacht werden, dass der BPA über eine hohe Anzahl von sehr qualifizierten Vorlagen beraten muss und somit eine weitere Belastung durch die Themen des UVA sehr kritisch zu hinterfragen ist.

Sollten Aufgaben des WuT oder des UVA in den Hauptausschuss verlagert werden, ist zu beachten, dass der Hauptausschuss gem. § 45 a Abs. 1 und 2 nur aus gewählten Stadtvertretern und dem Bürgermeister besteht. Bürgerliche Mitglieder kann es daher im Hauptausschuss nicht geben.

JA  NEIN

Betroffenes Produktkonto:

Erfolgsplan

Finanzplan

Produktverantwortung:

Abschreibungsdauer:

Haushaltsansatz im lfd. Jahr:

AfA / Jahr:

Noch zur Verfügung stehende Mittel:

Deckungsvorschlag:

Auswirkung auf die Haushaltskonsolidierung:

Besonderheiten:

### **Beschlussvorschlag:**

Der Hauptausschuss empfiehlt, die Stadtvertretung beschließt:

1. Die Zusammenlegung des Hauptausschusses mit dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Touristik. Der neue Ausschuss wird weiterhin Hauptausschuss genannt und besteht aus 10 Mitgliedern der Stadtvertretung, sowie

- dem Bürgermeister ohne Stimmrecht gemäß § 45 b GO.
2. Die Zusammenlegung des Bau- und Planungsausschusses mit dem Ausschuss für Umwelt und Verkehr. Der Ausschuss wird Bau-/Umwelt- und Verkehrsausschuss genannt und besteht aus 10 Mitgliedern.
  3. Die Zusammenlegung des Sozialausschusses mit dem Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Schulen. Der Ausschuss wird Sozial- und Jugendausschuss genannt und besteht aus 10 Mitgliedern.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Hauptsatzung und die Zuständigkeitsordnung entsprechend anzupassen und beschlussfähig vorzulegen. Die Zusammenlegung der Ausschüsse soll mit Wirkung zum 05. Mai 2018 in Kraft treten. Die entsprechende Genehmigung der geänderten Hauptsatzung durch die Kommunalaufsicht ist einzuholen.

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 09.10.2017 wie folgt beschlossen:  
Die Zusammenlegung von Ausschüssen soll jetzt angedacht und zum nächsten Hauptausschuss vorbereitet werden.  
Zu dieser Vorbereitung sind aktuelle Stellungnahmen der SPD und der LWG eingegangen, diese liegen als Anlage bei.

*Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung vom 27.11.2017 wie folgt beschlossen und empfiehlt der Stadtvertretung:*

1. *Hauptausschusses (HA): Der Hauptausschuss besteht aus 10 Mitgliedern der Stadtvertretung, sowie dem Bürgermeister ohne Stimmrecht gemäß § 45 b GO.*
2. *Bauausschuss (BA): Der Bau- und Planungsausschusses wird zusätzlich die Verkehrsaufgaben des UVA übernehmen. Der Ausschuss wird Bauausschuss genannt und besteht aus 10 Mitgliedern, hiervon sind 6 Stadtvertreter und 4 Bürgerliche Mitglieder möglich.*
3. *Sozialausschuss (SozA): Der Sozialausschuss wird mit dem Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Schulen verschmolzen. Der Ausschuss wird Sozialausschuss genannt und besteht aus 10 Mitgliedern, hiervon sind 6 Stadtvertreter und 4 Bürgerliche Mitglieder möglich.*
4. *Wirtschaftsausschuss (WA): Der Ausschuss für Wirtschaft und Touristik wird zusätzlich die Umweltaufgaben übernehmen. Der Ausschuss wird Wirtschaftsausschuss genannt und besteht aus 10 Mitgliedern, hiervon sind 6 Stadtvertreter und 4 Bürgerliche Mitglieder möglich.*

*Die Verwaltung wird beauftragt, die Hauptsatzung und die Zuständigkeitsordnung entsprechend anzupassen und beschlussfähig vorzulegen. Die Zusammenlegung der Ausschüsse soll mit Wirkung zum 05. Mai 2018 in Kraft treten. Die entsprechende Genehmigung der geänderten Hauptsatzung durch die Kommunalaufsicht ist einzuholen.*

Anlage(n)  
Neue Stellungnahme LWG  
Neue Stellungnahme SPD  
Stellungnahmen